

# THURGAUER FREISINN

## Anpacken, umsetzen!

**BTS/OLS:**  
 10 Jahre nach dem  
 Volksentscheid  
 Wie ist der Stand?  
 Politveranstaltung:  
 18. Februar 2022, 19.30 Uhr,  
 Pentorama Amriswil



Gute Stimmung an der 68. Herbsttagung (dank 3G-Regeln fast Normalität) mit Referaten von Hansjörg Brunner und Kristiane Vietze, Maja Lüscher (Gastgeberin) und Kantonalpräsident Gabriel Macedo.

### Geschätzte Freisinnige

Wir leben in einer Zeit, in der Kompromissfähigkeit und Lösungsorientierung als Orientierungslosigkeit abgestempelt werden. Die Profilierung findet nur noch über Populismus statt. Links von uns wird von 99-Prozent-Umverteilung fabuliert. Rechts von uns wird das Land gegen die Stadt aufgehetzt. Linksrechts verliert zunehmend die Orientierung. Mit ihrem Getöse gefährden diese Leute den Zusammenhalt in unserem Land und unsere starke Wirtschaft – zwei wichtige Pfeiler in unserem Land. Alles, was wir in unserem

Land erreicht haben, ist nicht vom Himmel gefallen. Wir haben es gemeinsam erwirtschaftet. Durch Arbeit und Leistung, nicht durch Umverteilung. Wir haben es gemeinsam auf dem Land und in der Stadt erwirtschaftet. Durch den Mut und die Schaffenskraft der Mitarbeitenden und der Unternehmer/-innen. Im Gewerbe, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel, in der Dienstleistung, in der Gastronomie. In der Dorfkäserei, im digitalen Start-up, in der urbanen Hipster-Beiz und beim Handwerker auf dem Land. Bürokratur, hohe Abgaben und Zwist im Land schwächen unsere Bevölkerung und die Wirtschaft. Und

hier kommt unsere FDP ins Spiel, wir sagen: Es reicht mit Sozialismus und Spaltung! Besinnen wir uns darauf, den Zusammenhalt im Land zu fördern, den Wohlstand zu erhalten und gemeinsam eine gute, starke Zukunft zu gestalten – mit einer freiheitlichen Politik, einer starken Wirtschaft, Verantwortungsgefühl, Selbstbestimmung und Vernunft. Besinnen wir uns auf jene Werte, die unsere Schweiz zum erfolgreichsten Land auf der Welt gemacht haben: Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt.

**Gabriel Macedo, Parteipräsident**

# Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview
- 14 Legislatur-Halbzeit in Bundesbern
- 15 Erfolgreiche Wahlen im Kanton Freiburg
- 16 Digitaler Sessionsrückblick
- 17 Nein zum Mediengesetz
- 18 Abschaffung der Emissionsabgabe stärkt KMU
- 19 Tabakwerbverbotsinitiative schießt übers Ziel hinaus
- 20 Tierversuchsverbotsinitiative bedroht Forschung
- 21 Politik gehört auf die Strasse
- 22 ALDE-Workshop in Warschau
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:  
Jetzt Initiative unterschreiben!



## Wir übernehmen Verantwortung

### Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

#### Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

#### Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteiprääsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier-

und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

#### Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

## Nein zum Mediengesetz

... weil der Schnellschuss weit über das Ziel hinausschiesst.

Kommunikationsprofis im Diskurs: David Angst, Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung», und Philipp Gemperle, ehemaliger SRF-Radijournalist, lieferten sich an der hybriden Mitgliederversammlung der FDP. Die Liberalen Thurgau eine spannende Kontroverse zum Mediengesetz. Während David Angst mehrmals auf die immer schwierigere Situation der Regionalmedien hinwies, möchte Philipp Gemperle zwar guten Journalismus, aber keine Auslaufmodelle

fördern. Eine indirekte Medienförderung habe wohl eine Berechtigung. «Die vom Parlament verabschiedete Lösung schießt aber weit über das Ziel hinaus. Vielmehr gilt es, innovative zukunftsgerechte Ideen zu entwickeln», so Philipp Gemperle. Im Saal und im digitalen Chat wurde intensiv mitdiskutiert. Schliesslich fiel die Nein-Parole zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien mit 60 Nein- zu 17 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen deutlich aus.



Philipp Gemperle, Mitglied der Parteileitung

## Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

Nein zum Frontalangriff gegen die KMU

Die von Hansjörg Brunner, alt Nationalrat, vorgestellte Vorlage zur Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital endete mit einer äusserst klaren Ja-Parole (76/4). Die grosse Mehrheit der digital und im Saal Ab-

stimmenden erachtete es als sinnvoll, dass diese international beinahe einmalige Stempelsteuer auch in der Schweiz der Vergangenheit angehört und der Unternehmensstandort Schweiz gestärkt wird.



Hansjörg Brunner, alt Nationalrat

## Nein zum Tabakwerbeverbot, nein zum Tierversuchsverbot

... weil diese Initiativen viel zu weit gehen

«Anstelle eines totalen Tabakwerbeverbots wären präventive Massnahmen in Schulen und Vereinen eine Möglichkeit, das vom Parlament kürzlich verschärfte Tabakproduktegesetz zu unterstützen», sagt Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost. Das sieht auch ein sehr grosser Teil der FDP-Mitglieder so. Sie fassten mit 60 Nein- zu 18-Ja-Stimmen (zwei Enthaltungen) die Nein-Parole. Auch die In-

itiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» geht den Thurgauer Freisinnigen deutlich zu weit. Sie sehen darin eine markante Verschlechterung der Qualität im Gesundheitswesen und befürchten negative Folgen für Forschung und Pharmaindustrie. 76 Mitglieder sprachen sich für die Nein-Parole aus (zwei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen).



Cornelia Hasler-Roost, Kantonsrätin

Termine 2022 zum Vormerken:

Mitgliederversammlungen:  
21. März, 16. Juni, 16. August, 6. Oktober  
Herbsttagung: 5. November

Nächste Parolenfassung  
an der Mitgliederversammlung  
vom 21. März 2022



Am 23. September 2012 sprach sich die Thurgauer Bevölkerung mit komfortablen 54,6 zu 45,4 Prozent für den Bau der Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) und der damit zusammenhängenden Oberlandstrasse (OLS) aus. Seit der erfolgreichen Volksabstimmung wurde zwar viel im Hintergrund gearbeitet, der politische Durchbruch in Bern für die Umsetzung der Nationalstrasse BTS ist bislang jedoch noch nicht gelungen.

Die BTS wurde vom Kanton Thurgau weit geplant und schliesslich dem Bund als generelles Projekt zur Umsetzung als Nationalstrasse übergeben. Bei der OLS handelt es sich um eine Kantonsstrasse. BTS und OLS sind ein Gespann, welches nur gemeinsam funktioniert und gemeinsam eine grosse Bedeutung für die Verkehrsentslastung in weiten Teilen des Kantons Thurgau und für die Attraktivität der Region haben.

Die beiden Strassen sollen das stark gewachsene Verkehrsaufkommen kanalisieren und lenken. Sie sollen die Städte und Dörfer von Verkehr, Lärm und Abgasen entlasten und besser verbinden. BTS und OLS sind seit Beginn der Arbeiten umfassende Mobilitätsprojekte. Ihre Auswirkungen auf Raum, Umwelt und Bevölkerung wurden in allen Schritten und Teilprojekten berücksichtigt.

#### Kampf in Bundesbern

Das ausführungsfähige Projekt im ersten Entwurf wurde 2018 vom Bundesrat nicht in die Nationalstrassenplanung STEP aufgenommen. Dank grossem Einsatz der Region Oberthurgau, des Kantons Thurgau und zahlreicher Politiker/Politikerinnen ist im parlamentarischen Prozess das Husarenstück fast gelungen und die BTS wäre beinahe in den STEP aufgenommen worden. Schliesslich wurde sie dann aber doch wieder aus der Vorlage gestrichen. Im Februar wird die Bekanntgabe der Vernehm-

lassungsvorlage zum nächsten Schritt des Entwicklungsprogramms erwartet. Wenn in Bern die Bedeutung dieses Projekts endlich anerkannt würde, sollte die BTS darin enthalten sein. Wenn das nicht der Fall sein sollte, gilt es, mit vereinten Kräften aus der Ostschweiz für deren Aufnahme zu kämpfen. Hier adressieren wir namentlich an die heute amtierenden National- und Ständeratsmitglieder.

#### Grosse wirtschaftliche Bedeutung

Eine Studie der Industrie- und Handelskammer Thurgau zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) aus dem Jahre 2018 hat klare Resultate gezeigt: Drei Viertel der Unternehmen in der Region messen dem Bau der BTS und der OLS eine grosse bis sehr grosse Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Thurgau zu. Besonders in den östlichen Bezirken des Thurgaus wird von den Befragten ein hoher regionaler Nutzen durch die BTS/OLS erwartet. Insgesamt beurteilen die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen ebenso wie alle befragten Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten die Auswirkungen von BTS und OLS als klar positiv.

Detaillierte Informationen des Kantons Thurgau zum Projekt BTS/OLS:  
<https://bts-ols.tg.ch>

Text: Philipp Gemperle



**Andrea Roth**  
CEO Geobruigg AG,  
Präsident Arbeitgeber-  
vereinigung Romanshorn

«Die BTS verbindet die beiden Metropolitanräume Zürich und Bodensee durch den Thurgau. Sie ist wichtig für die exportorientierte Thurgauer Wirtschaft und die lärmgeplagten Anwohner von Weinfelden bis Amriswil. Nach der demokratischen Legitimation durch das Thurgauer Stimmvolk verdient die BTS auch die Unterstützung der Ostschweizer Kantone und der Schweiz.»



**Gabriel Macedo**  
Stadtpräsident  
Amriswil, Kantonsrat,  
Präsident FDP TG

«Der Druck auf Bundesbern muss höher werden – auch aus dem Oberthurgau. Anscheinend verkennen die Projektverantwortlichen die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Projekts. Die Oberthurgauer Wirtschaft und Politik muss deshalb zusammenstehen und eine rasche Umsetzung fordern. Es wurde nun genug vertröstet, verzögert und verdrödel.»



**Andreas Opprecht**  
Gemeindepräsident Sulgen, Kantonsrat, Präsident FDP Bezirk Weinfelden

«Der Verkehr auf der Thurtalachse hat in den letzten zehn Jahren nochmals markant zugenommen, zu den Hauptverkehrszeiten stockt es an immer mehr Orten. Die Mittelthurgauer Gemeinden Erlen, Sulgen, Bürglen und Weinfelden haben ihre Ortsplanungen und die entsprechenden Baugebiete bereits auf den Verlauf der BTS und die entsprechenden Anschlusswerke angepasst. Was fehlt, ist jetzt die Realisierung der BTS!»



**Hermann Hess**  
Unternehmer,  
alt Nationalrat, Amriswil

«Der Thurgau gehört zu den am stärksten wachsenden Kantonen der Schweiz. Und er ist doppelt so dicht besiedelt wie der Kanton Bern. Der Thurgau ist heute einwohnermässig so gross wie Graubünden und Jura zusammen. Die Hauptstrasse Weinfelden–Amriswil verzeichnet doppelt so viel Verkehr wie die N7 zwischen Kreuzlingen und Frauenfeld. Die Hauptstrasse östlich von Kreuzlingen ist die am stärksten befahrene im Kanton. Zur Milderung dieser unglaublichen Belastung für die Bewohner der betroffenen Städte und Dörfer gibt es das per Volksabstimmung angenommene Projekt BTS/OLS.»



**Dr. Beat Hirt**  
Unternehmer, Vizepräsident IHK Thurgau

«Die regionalwirtschaftliche Bedeutung einer leistungsfähigen kantonsquerenden Strassenverbindung ist durch Gutachten und Studien belegt. Die BTS/OLS ist eine zukunftsorientierte Gesamtlösung, die eine bessere Anbindung, kürzere Reisezeiten sowie eine gesteigerte Wohn- und Lebensqualität bringt und den Thurgau für die ganze Bevölkerung attraktiver macht.»



**Walter Schönholzer**  
Regierungsrat, Departement für Inneres und Volkswirtschaft TG

«2012 hat das Thurgauer Stimmvolk Ja zu BTS/OLS gesagt. Zehn Jahre später ist es Zeit, dass der Bund die BTS in seiner Nationalstrassenplanung berücksichtigt. Die Thurgauer Wirtschaft und das Gewerbe brauchen endlich eine leistungsfähige Verbindung Richtung Zürich. Der Kanton hat vor zwei Jahren eine vorbildliche modellhafte Planung abgegeben. Die BTS gehört darum in einen nächsten Ausbauschritt. Dazu braucht es vereinte Kräfte: von Regierung, Politik, Wirtschaft und Verbänden.»



**Philipp Gemperle**  
Stadtrat Romanshorn,  
Präsident FDP  
Bezirk Arbon

«Ich schaue nicht mehr länger zu, wenn wir immer übergangen werden. Jetzt müssen wir endlich zusammenstehen und deutlich zeigen, dass wir die BTS brauchen. Deshalb organisieren wir die Veranstaltung am 18. Februar zu BTS/OLS. Die Schweiz braucht nicht nur starke Zentren, sondern auch starke Peripherien. Das muss man in Bern endlich anerkennen.»



**Brigitte Kaufmann**  
Kantonsrätin, Uttwil

«Alles spricht von smarterer Mobilität. Digital gesteuerte Warentransporte in sparsamen LKW-Platooning, Wasserstoffmobilität, Carsharing und vieles mehr. Aber auch die smarteste Mobilität braucht Infrastrukturen. Die Bodensee-Thurtalstrasse ist weiterhin nötig. Es ist an der Zeit, dass die Bundesstellen vorwärtsmachen. Für einen smarten Oberthurgau mit modernen und leistungsfähigen Strassen.»

#### Öffentliche Veranstaltung am 18. Februar 2022

Die FDP, Die Liberalen Bezirk Arbon und Bezirk Weinfelden beleuchten an einer öffentlichen Veranstaltung den Stand des Projekts und mögliche weitere Schritte. Teilnehmende Gäste sind unter anderen die beiden Thurgauer Ständeratsmitglieder Brigitte Häberli und Jakob Stark, der Thurgauer Regierungsrat Walter Schönholzer (Volkswirtschaft), Peter Imbach (Gesamtprojektleiter BTS/OLS Kanton Thurgau), die Wirtschaftsvertreter Andrea Roth (Geobru gg AG) und Beat Hirt (Vizepräsident IHK), der Amriswiler Stadtpräsident Gabriel Macedo sowie die Kritiker Toni Kappeler und Peter Gubser. Gastgeber des Abends sind der Präsident der FDP Bezirk Arbon, Philipp Gemperle, und der Präsident der FDP Bezirk Weinfelden, Andreas Opprecht. Im Anschluss kann die Diskussion bei einem kleinen Apéro im Freien weitergeführt werden. Die Veranstaltung wird unterstützt von Geobru gg AG, Provida AG und weiteren Sponsoren. Es gilt gemäss heutigem Stand 2G und Maskenpflicht. Die aktuellen Regelungen sind vor der Veranstaltung zu finden auf [www.fdp-bezirk-arbon.ch](http://www.fdp-bezirk-arbon.ch).

**Ort:** Pentorama Amriswil  
**Datum:** Freitag, 18. Februar 2022  
**Zeit:** 19.30 Uhr  
**(Aufgrund der Zertifikatskontrolle ist ein frühzeitiges Erscheinen empfohlen.)**





## Zum Gedenken an alt Regierungsrat Dr. Arthur Haffter

«Ein ausgesprochener homo politicus»

Arthur Haffter, ein ausgesprochener Homo politicus, ist kürzlich im Alter von fast 95 Jahren verstorben. Liberal denkend und handelnd, anpackend, dynamisch, offen für Neues, dem Recht verpflichtet, für das Wohl der ihm Anvertrauten und der staatlichen Gemeinschaft sorgend, gesellig und humorvoll. So erlebte ich Arthur Haffter als sein Nachfolger im Präsidium der FDP Thurgau, als sein Untergebener als Rektor der Kantonsschule Romanshorn, als Mitglied im Lions Club Kreuzlingen und als guten väterlichen Freund.

Als zweiter Sohn einer mittelständischen Familie 1927 geboren, wuchs Arthur Haffter in Märstetten auf, besuchte die Kantonsschule Frauenfeld und danach eine französischsprachige Handelsschule in Lausanne. Nach Bankpraktikum, einer Tätigkeit als Buchhalter studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und schloss 1955 mit dem Doktorexamen ab. Im gleichen Jahr trat er der FDP Weinfelden bei, die

er von 1961 bis 1964 im Gemeinderat vertrat. Schon mit 30 Jahren wurde er Präsident des Bezirksgerichtes Weinfelden, praktizierte daneben als Anwalt. 1964 begann Arthur Haffters politische Karriere mit der Wahl zum Gemeindeamman von Weinfelden. Während seiner Amtszeit wurden die Alterssiedlung, das Kongresszentrum Thurgauerhof, die Sportanlage Güttingersreuti und das Pflegeheim gebaut. Von 1959 bis

1975 verschaffte sich Arthur Haffter Ansehen im Grossen Rat und präsierte von 1968 bis 1976 die FDP Thurgau.

Mit der Wahl zum Regierungsrat übernahm Arthur Haffter im Frühling 1975 zunächst das Baudepartement, wechselte 1980 ins personalstarke, finanzaufwendige Erziehungs- und Sanitätsdepartement. Sein Kredo: nicht nur verwalten, sondern aktiv gestalten, Probleme lösen und Neues schaffen. In dieser Zeit entstanden: Baugesetz 1977, Beginn der Thurkorrektur, Ausbau der Kantonsspitäler, Neugestaltung der Psychiatrie, 1982 Mittelschulgesetz, Bau der Kantonsschule Romanshorn mit Installation der Diplommittelschule, Einführung Frühfranzösisch an der Primarschule und Vorbereitung der Fünftageswoche an den Thurgauer Schulen. Als Rektoren erlebten wir Arthur Haffter damals an Sitzungen als stets gut vorbereiteter Chef, eloquent, mit klarer Sicht und hartnäckig, für uns gelegentlich stur. Immer war er ein aufmerksamer Zuhörer, der sich durch gute Argumente überzeugen liess. Er führte uns an einer langen Leine mit vielen Freiheiten, die wir sehr schätzten.

Politik bestimmte Arthur Haffters berufliches Leben. In seiner Freizeit und nach der Pensionierung 1992 ging er mit Begeisterung vielen anderen Interessen nach. An erster Stelle stand die Familie, verheiratet seit 1960 mit Adelheid Bamert und fürsorglich grossherziger Vater zweier Töchter und eines Sohnes. Mit 50 Jahren packte Arthur Haffter das Waffenlauffieber inklusive Marathons – mit Erfolgen im In- und Ausland. Hüftprobleme zwangen ihn früh, den geliebten Sport aufzugeben. Die gewonnene Zeit nutzte er für grosse Reisen in viele Länder. Entstandene Kontakte pflegte er, auch dank seiner vielen Fremdsprachen, fast bis zuletzt. Arthur Haffter war ein Liberaler, der Freiheit mit dem Wissen verband, dass Freiheit ihre Grenzen an der Freiheit anderer Menschen hat und dass es keine Freiheit ohne Verantwortung gibt. Bedenkenswert, was Arthur Haffter in seiner Abschiedsrede im Grossen Rat sagte: «Dem Kanton Thurgau wünsche ich weiterhin eine kontinuierliche und gedeihliche Entwicklung, vor allem auch die Bewahrung einer politischen Kultur, die uns erlaubt, Meinungsverschiedenheiten unter Wahrung des persönlichen Respekts und in Toleranz auszutragen. Toleranz, verstanden nicht als charakterlose Schwäche oder Kompromissbereitschaft gegenüber jedem Machtanspruch oder Begehrlichkeiten, sondern als Duldsamkeit gegenüber jeder ehrlichen und sittlich positiven Ansicht, im Bewusstsein, dass kein Mensch die absolute Wahrheit besitzen kann.»

Hans Weber



## Wir lösen schon, während andere noch poltern!

Ein freiheitlicher Thurgau der Chancen – lösen statt poltern: Die FDP-Fraktion macht sich stark für die Freiheit, wo sie nur kann. Sie engagiert sich gemeinsam mit den Menschen für einen Thurgau, in dem sich alle frei einbringen und verantwortungsvoll entfalten können.

### Ausstiegstrategie nach Covid-19

Gestützt auf den Notstandsparagrafen 44 der kant. Verfassung konnten die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Jahre 2020 und Anfang 2021 weitgehend aufrechterhalten werden. Mit welcher Begründung wendet der Regierungsrat diesen Notstandsparagrafen immer noch an? Die Ende Oktober eingereichte Einfache Anfrage von Kantonsrätin Michèle Strähl und Kantonsrat Gabriel Macedo hat Antworten zu dieser und weiteren staatspolitischen Fragen geliefert.

### Weniger Bürokratie im Bauwesen

Die bewilligungsfreie Dauer von temporären Bauten wird auf 90 Tage verlängert und auf alle Fahrnbauten erweitert. Anstoss für die Anpassung des Paragrafen 99 Absatz 1 Ziffer 11 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) war die von Anders Stokholm (FDP) initiierte Parlamentarische Initiative.

### Steuersenkung – ein Erfolg der FDP

Dank der Hartnäckigkeit der FDP-Fraktion ist es gelungen, die Steuern nach 15 Jahren Gleichstand zu senken. Die FDP-Grossratsmitglieder forderten geschlossen zehn Prozent, stimmten schliesslich aber dem Kompromiss von acht Prozent zu, um damit dem vorsichtigen Antrag von fünf Prozent keine Erfolgsaussichten einzuräumen. Der Einsatz hat sich gelohnt, die ganze Bevölkerung kann profitieren.

### Motivation für Reduktion von Staatsausgaben

Die FDP hält nichts vom vorgeschlagenen Kalkulationsschema des Regierungsrates, der die Lohnerhöhungen an das Rechnungsergebnis des Kantons

knüpfen möchte. Die Freisinnigen haben stattdessen eine Alternative vorgeschlagen: Den Lohn statt an das Rechnungsergebnis an den Rückgang der Staatsausgaben pro Einwohner zu knüpfen.

### Mehr Qualität und Effizienz

«Fachkommissionen» für wichtige, aktuell übergeordnete Themen, «Spezialkommissionen» für Gesetzgebungsprozesse und «Ständige Kommissionen» für Aufsichtsfunktionen, so stellt sich die FDP-Fraktion das künftige Kommissionssystem des Grossen Rates vor. In der Vernehmlassung zu Anpassungen in der Geschäftsordnung (GOGR) hält die FDP-Fraktion fest, dass die Qualität in der Rats- und Kommissionsarbeit mit neu befristet eingesetzten, zusätzlichen Fachkommissionen durch klar definierte Aufträge und Ziele erhöht würde.

### Kritik an der Prämienhöhung

Die Gebäudeversicherung des Kantons Thurgau (GVTG) hat Anfang Januar publiziert, dass die Versicherungsprämien ab 2022 um rund 25 Prozent erhöht werden. Diese sehr kurzfristig angekündigte markante Gebührenerhöhung hat die FDP-Fraktion mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Die Prämien eines Monopolbetriebs wie der GVTG sollten nur so hoch sein wie notwendig und nicht auf Vorrat angehoben werden. Die FDP-Fraktion prüft deshalb einen Vorstoss zur Anpassung des Gebäudeversicherungsgesetzes.

**Anders Stokholm, Fraktionspräsident**  
**Gabriel Macedo, Parteipräsident**

### «Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Wenn links rechts und rechts links ist

Im Grossen Rat sind die Mitte nicht in der Mitte, die SP und die GP nicht links, die EDU nicht ganz rechts. Wenigstens nicht, wenn es um die Sitzordnung geht. Die Sitze sind den Fraktionen fix zugeteilt: die GLP, EVP und Mitte sitzen links, die SP und GP rechts, SVP, EDU und FDP in der Mitte. Die Mitte also nicht in der Mitte, die SP und GP also nicht links, die EDU nicht ganz am rechten Rand. Oder vielleicht doch? Zumindest wenn man nicht vom Rat aus Richtung Grossratspräsidium schaut, sondern umgekehrt vom Präsidium Richtung Rat, dann kehrt das Ganze. Dann kommen immerhin SP und GP auf die richtige, die linke Seite.

Intimen Kennerinnen und Kennern der Politszene ist diese Unschärfe bei der Zuordnung nicht neu. Sie gilt durchaus auch beim Politisieren. Da spannen die EDU, Mitte/EVP, GP und SP beim konservativen Festhalten am Staatssteuerfuss zusammen, während GLP, SVP und FDP eine progressive und erfolgreiche Allianz schmieden, diesen seit fünfzehn Jahren unveränderten Satz in einem unthurgauerisch grossen Schritt grosszügig anzupassen.

Als Kind hatte ich Mühe mit der richtigen Benennung von links und rechts. Wohl, weil ich im Alter, als man diese Unterscheidung lernen sollte, mehrmals den Sprachraum wechselte. Für die politische Orientierung kommt es zum Glück aber nicht auf die räumliche Zuordnung an, sondern auf die inhaltliche. Und wenn dann, wie im Grossen Rat der Fall, die FDP vorne platziert ist, dann freue ich mich doppelt über den Spruch «weder rechts noch links, sondern vorn». Wie beim Steuerfuss bewiesen.



Anders Stokholm

### Vorstösse der letzten Monate:

Einfache Anfrage von **Michèle Strähl** und **Gabriel Macedo** «§ 44 KV: Worin besteht die grosse Not oder die schwere Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit?»  
Leistungsmotion «Strassenverkehrsabgaben – Weniger Gebühren wären mehr» mit Erstunterzeichner **Viktor Gschwend**  
Motion «Einheitliche Steuersoftware für Kanton und Gemeinden» mit Erstunterzeichner **Andreas Opprecht**.

Katharina Iseli – unterwegs als selbstständige Hebamme



### Katharina Iseli –

«Die Musik wird in den Ortsparteien gespielt»

Gemeinsame Ziele verfolgen und Ressourcen mobilisieren: Das will Katharina Iseli sowohl in ihrem Beruf als auch als Präsidentin ihrer Ortspartei. Im Interview verrät die selbstständige Hebamme, wo sie Parallelen sieht und wie sie den Tanz auf ganz verschiedenen Hochzeiten meistert.

**Weshalb engagierst du dich in der FDP?** Für Politik habe ich mich schon immer interessiert und am Küchentisch so manche Dispute geführt. Ich verstehe mich als liberal denkende und eigenständige Frau. Die FDP, als Förderin der Eigenständigkeit und des Gemeinsinns, passt gut zu mir. Ein Engagement für gemeinsame Werte bedeutet für mich, sich mit seinen Möglichkeiten und Ressourcen in die Gemeinschaft einzubringen. Als Ortsparteipräsidentin möchte ich die Gemeinschaft und die Nähe zu den Menschen bewusst leben. Das Leben in einer Gemeinde bildet die Basis unseres demo-

kratischen Zusammenlebens und es lohnt sich, mitzudenken und auch manchmal etwas in Frage zu stellen. Aus meiner Sicht laufen viele Gemeinden Gefahr, zunehmend verwaltet zu werden. Dem möchte ich aktiv entgegenwirken.

**Du bist Ortsparteipräsidentin, freischaffende Hebamme, Absolventin eines Masterstudiums «Frühe Kindheit», Vorstandsmitglied beim schweizerischen Hebammenverband und Mutter. Wie bringst du alles unter einen Hut?** Als Hebamme bin ich es gewohnt, an sieben Tagen pro Woche zu arbeiten. So



kann ich meine Arbeit flexibel um die Familie planen, und für meinen Partner ist es selbstverständlich, dass wir unsere Familienarbeit aufteilen. Im Moment liegt neben dem Studium tatsächlich nicht mehr viel drin. Was mir zeitlich gerade sehr entgegenkommt, die Seminare an der Pädagogischen Hochschule, die Vorstandssitzungen und Konferenzen finden grösstenteils online statt. Das gibt mir etwas Luft. Und was die Ortspartei betrifft: An Gemeindeversammlungen und Infoveranstaltungen gehe ich sowieso und ein kühles Bier am FDP-Stammtischtreffen bildet einen wunderbaren Ausgleich zum kopflastigen Studium.

**Du hilfst Eltern bei der Übernahme einer neuen, grossen Verantwortung. Gibt es Parallelen zur Arbeit als Ortsparteipräsidentin?** Als Hebamme bin ich es gewohnt, mit vielen verschiedenen Meinungen, Wünschen und Ängsten umzugehen. Ziel ist es immer, mit der Familie eine passgenaue Lösung zu erarbeiten. Es ist nicht immer einfach, die Bedürfnisse von Eltern und Baby zusammenzubringen. Bedenkt man allein schon das unterschiedliche Schlafbedürfnis. Auch in einer Ortspartei gibt es vielfältige Erwartungen und Wünsche. Gemeinsam Ziele zu definieren und Ressourcen zu mobilisieren, ist auch in einer Ortspartei wichtig, auch wenn es primär um andere Themen geht. So gesehen, versuche ich auch in der Ortspartei zusammen mit meinem Vorstand, möglichst passgenaue Lösungen und Ziele zu erarbeiten.

**Welche Themen sind dir besonders wichtig, wo möchtest du Schwerpunkte setzen?** Die letzten Wahlen haben gezeigt, wir verfügen in unserer Gemeinde über einen hohen Wähleranteil. Wenn ich FDP Wähler/innen auf eine Mitgliedschaft anspreche, höre ich meist, dass sich die betreffenden Personen nicht festlegen wollen. Das scheint mir typisch für unsere Zeit. Deshalb wollen wir, der engagierte FDP-Kern und ich, gemeinsam verschiedene, ungezwungene Anlässe für jeden Geschmack bieten und so für alle Interessierten die Türe zur FDP offenhalten.

Es ist mir ein Anliegen, dass die FDP-Ortspartei Gachnang an der Basis, also in unserer Gemeinde, sichtbar und fassbar ist und wir als engagierte Partei wahrgenommen werden.

**Interview: Marie-Theres Brühwiler**

Ramon Weber und Enrique Castelar



## Engagiert – voll Power

Starker Auftakt in die Wahljahre

Mit einem frischen Vorstand und neuen flexiblen Strukturen werden die ersten Meilensteine auf dem Weg zu einem Wahlsieg gelegt – inklusive Reform der Altersvorsorge.

Mit dem letzten Glockenschlag vom 31. Dezember 2021 konnte ein turbulentes Jahr beendet werden. Doch die freisinnigen Kräfte werden auch im neuen Jahr stark gefordert sein. Denn die Gewerkschaften und SVP haben ihren Raubzug auf die Kammern der SNB bereits gierig ausge-

rufen und blockieren vehement eine grundlegende Reform der Altersvorsorge. Ein Vergehen an den kommenden Generationen.

Um diesem schädlichen und kalten Wind standzuhalten, haben die Jungfreisinnigen Thurgau an

## Zukunft aktiv gestalten

Ohne Blackout, dem neuen Covid in 2025?

Neben der Altersvorsorge nehmen die Freisinnigen das Dossier der Schweizer Energieversorgung in die Hand und gestalten es aktiv mit.

Unter Blackout versteht man einen grossräumigen Stromausfall. Auch wenn sich ein solcher Vorfall in der Schweiz noch nie ereignet hat, stellt er doch ein Risiko dar, das die Bundesbehörden und die Energiebranche nicht unterschätzen dürfen. Der Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen hat diverse Szenarien analysiert und ermittelt, dass ein Blackout in der Schweiz pro Tag rund sieben Milliarden Schweizer Franken kostet. Ein fehlendes Stromabkommen gefährdet die Versorgungssicherheit der

Schweiz zusätzlich und hindert Schweizer Unternehmen am Marktzugang zu den benachbarten Strommärkten während eines Blackouts.

Auch die derzeitigen Höchstspannungsnetze stellen ein potenzielles Risiko dar. Einige von ihnen sind kurz davor, ihre maximalen Kapazitätsgrenzen zu erreichen. Sie könnten nicht an die stetig wachsende Stromnachfrage angepasst werden und verunmöglichen die internationale Durchleitung, da regelmässig Baugenehmigun-



ihrer Mitgliederversammlung ein neues Co-Präsidium, bestehend aus Ramon Weber (Wängi) und Enrique Castelar (Aadorf), gewählt. Dieses bereits eingespielte und bewährte Team wird den Jungfreisinnigen zu mehr Flexibilität im aufkommenden Frontenkampf verhelfen. Ein Frontenkampf, den es zu gewinnen gibt! Neben dem Schutz und der Restrukturierung unserer Sozialwerke stehen bald auch die nationalen und kantonalen Wahlen an. Es gilt klare und wirksame Linien zu vertreten.

Auch **Rick Näf aus Donzhausen** wurde neu in den Vorstand der Jungfreisinnigen TG gewählt. Er wird Aidan Gebhardt (Kreuzlingen) ersetzen. Aidan Gebhardt war im Vorstand als Ressortleiter Events aktiv und hat grossartige und abwechslungsreiche Veranstaltungen organisiert. Aufgrund seiner bevorstehenden Masterarbeit und seiner beruflichen Laufbahn hat er das Amt abgegeben. Er bleibt uns aber als aktives Mitglied erhalten. Wir bedanken uns herzlich für seinen Einsatz für die Partei.



Rick Näf

gen nicht erteilt werden (systematischer Widerstand). In der Schweiz beläuft sich das Investitionsdefizit heute auf rund sechs Milliarden Schweizer Franken. Die daraus resultierende Überlastung der Leitungen kann zu kaskadierenden Ausfällen führen und somit einen Blackout verursachen. Eines hat uns die Pandemie ganz sicher gelehrt: Vorsicht ist besser als Nachsicht.

**Enrique Castelar**

OP Egnach

### Innovation aus Egnach für die Welt

Der mit 4000 Franken dotierte Innovationspreis der FDP Egnach geht 2021 an der feierlichen Verleihung im Restaurant Seehuus an Andreas Wiebe, Gründer

und Inhaber des Egnacher Unternehmens «Swiss-cows AG», das eine datensichere Suchmaschine sowie den Messenger «TeleGuard» entwickelt.



Preisträger Andreas Wiebe (3. von rechts) freut sich über die Anerkennung der FDP Egnach (mit Präsident Viktor Gschwend und Patrik Stacher).

OP Aadorf

### FDP-Spitzbuben

Traditionell verteilt die FDP Aadorf am Weihnachtsmarkt Spitzbuben. Dieses Mal wurden – der Weihnachtsmarkt fiel Covid-19 zum Opfer – die eigenen Mitglieder und Sympathisanten beglückt.



OP Amriswil

### Neujahrsapéro und «Budget-Metzgete»

Zum Einstieg ins neue Jahr begrüßte Präsident Martin Rickenbach die FDP-Mitglieder im Kulturforum. Grossratspräsidentin Brigitte Kaufmann erzählte von ihrer anspruchsvollen, abwechslungsreichen Tätigkeit als Vorsitzende des Kantonsrates und erinnerte an das «F» der FDP, das Freiheit und auch Frieden bedeutet. Stadtpräsident Gabriel Macedo blickte auf das Pandemiejahr mit Einschränkungen und auch positiven Aspekten zurück wie Erweiterung der Alterssiedlung, Abstimmung zum Werkhof. Für das neue Jahr ist die Vorlage zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes geplant. Die alljährliche Budget-Metzgete fand im November im Clubhaus des FC Amriswil statt.

OP Kreuzlingen

### Ein Teamplayer für die Sekundarschulbehörde

Dario Indelicato ist ein Teamplayer und hochmotiviert, sich in der Sekundarschulbehörde zu engagieren. 1984 geboren, wohnhaft in Kreuzlingen, verheiratet, Familienvater und in der eigenen Bauhandelsfirma mit 12 Mitarbeitenden verantwortlich für die Strategie und interne Organisation. Sein Kredo: «Die Schule ist der wichtigste Baustein im Leben – diesen will ich mitgestalten.» Die FDP Kreuzlingen empfiehlt Dario Indelicato am 13. Februar zur Wahl.



Dario Indelicato

FDP TG

### Luxusproblem – Luxuschance

Staatsfinanzen – nicht unbedingt ein Thema für ein Samstagabendprogramm zwischen kulinarischen und musikalischen Genüssen. Kristiane Vietze gelang dies ausgezeichnet. Humorvoll und mit Fakten belegt, präsentierte die Kantonsrätin in der Macardo Swiss Distillery in Amlikon die aktuelle finanzielle Situation des Kantons Thurgau: stetig hohe Erträge, prall gefüllte Fonds, Tafelsilber in Form von Beteiligungen, alles vorfinanziert und im Wettbewerbsindikator vor dem grossen Nachbarkanton platziert. Das Fazit: «Es goht üs guet.» Ein Luxusproblem



Die 68. FDP-Herbsttagung: Ein gelungener Abend unter Freunden!

ergab sich auch für das Organisationsteam um Maja Lüscher. Erstmals musste eine Warteliste geführt werden. «Das grosse Interesse zeigt, wie lebendig unsere Partei ist», freute sich Parteipräsident Gabriel Macedo. Mit einem kurzen Talk «von Unternehmer zu Unternehmer» rundeten der Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes, Hansjörg Brunner, und Andy Bössow, Inhaber der Macardo Swiss Distillery, den geselligen Abend mit Musikeinlagen von Olivia Geiser und Nemati Babak ab.

## Wir gratulieren



**Andi Wenger** Vizestadtpräsident, Stadtrat und neu auch Präsident der Ortspartei Diesenhofen.



**Cornelia Zecchinell** Kantonsrätin aus Kreuzlingen, ist neu Präsidentin der Thurgauischen Kunstgesellschaft.



**Giovanni Crupi** präsidiert neu das Zentralpräsidium des Berufsverbandes Swiss Engineering und damit 12 000 Ingenieure und Architekten.



**Anders Stokholm** Frauenfelder Stadtpräsident und Kantonsrat steht seit diesem Januar der Thurgauer Kulturstiftung vor.



**Hanspeter Ueltschi** respektive seine BERNINA, das Traditionsunternehmen aus Steckborn, erhält den Motivationspreis der Thurgauer Wirtschaft 2022. Mit den weltbekannten Produkten – Synonym für Schweizer Präzision – widerspiegelt es Innovationsfähigkeit, entwickelt und konstruiert im Thurgau bis heute.

### FDP TG

## Ein freiheitlicher Thurgau der Chancen

An der Jahresmedienkonferenz der FDP Die Liberalen Thurgau in der Chocolat Bernrain AG in Kreuzlingen erklärten verantwortungsvolle FDP-Persönlichkeiten, weshalb sie lieber Chancen nutzen, als Angst zu bewirtschaften, in welchen Bereichen sie nachhaltige Akzente setzen konnten und wo dies weiter geschehen soll.

«Lösen statt poltern», lautet die Devise der FDP Thurgau. Passend dazu stellten die Freisinnigen einen ihrer neuen Slogans «Wir lösen schon, während andere noch poltern» in den Fokus der Jahresmedienkonferenz in den Fabrikräumen der Chocolat Bernrain AG. Ein Traditionsunternehmen in Kreuzlingen, mit Ideen und Innovationen in dritter Generation erfolgreich geführt von FDP-Mitglied Monica Müller.

### Das Wirtschaftswunder nachhaltig sichern

Regierungsrat Walter Schönholzer betonte: «Wir wollen die Zukunft gestalten und werden den Herausforderungen mutig begegnen.» Die Covid-19-Kommission des Grossen Rates hat basierend auf Vorschlägen des Regierungsrates massgeschneiderte Thurgauer Lösungen erarbeitet mit Kurzarbeitsentschädigungen, Unterstützung an Selbstständigerwerbende und Härtefallgeldern. «Was immer ich tun kann, werde ich machen», verspricht der Thurgauer Volkswirtschaftsdirektor. Mit Hochdruck arbeitet sein Departement auch an der digitalen Transformation mit Digitalem Kompetenzzentrum und Bürgerschalter.

### Demokratische Rechte krisensicher machen

«Gemeinsam mit den Menschen engagieren wir uns für einen Thurgau, in dem sich alle frei einbringen und verantwortungsvoll entfalten können», versicherte Parteipräsident Gabriel Macedo. Kein Land biete so viele Mitsprachemöglichkeiten wie die Schweiz. Von Bedeutung sei die digitale Weiterentwicklung bestehender politischer Diskussion wie E-Petition, E-Vernehmlassung oder E-Diskussion. Der Kanton Thurgau kann dabei in Zusammenarbeit mit dem Bund eine Vorreiterrolle übernehmen. Seine Einfache Anfrage «Zeitgemässe digitale Instrumente für unsere demokratischen Rechte» brachte noch nicht die gewünschten Antworten.

### Das Parlament muss immer funktionieren

Für Brigitte Kaufmann, Grossratspräsidentin, ist die gegenwärtige Krise wie ein Brennglas, unter dem Stärken und Schwächen unseres politischen



Lösen statt poltern – Walter Schönholzer, Gabriel Macedo, Brigitte Kaufmann, Anders Stokholm, Ramon Weber und Monica Müller.

Systems und seiner Institutionen überdeutlich hervortreten. «Wie gut funktioniert die Gewaltenteilung ausserhalb des Normalfalles? Krisen sind ja Zeiten der Exekutive, aber nicht unbeschränkt.» Deshalb wollte die FDP mit der Einfachen Anfrage wissen, wie lange und mit welcher Begründung die Regierung den Notstandsparagrafen §44 der Kantonsverfassung noch anwenden will.

### Weniger Bürokratie, mehr Handlungsspielraum

«Wir setzen auf Eigenverantwortung, nicht Verbote. Wir wehren uns gegen Bevormundung, Bürokratie und erstarrte Strukturen», erklärte Fraktionspräsident Anders Stokholm. Als Beispiel nannte er die von der FDP lancierte parlamentarische Initiative, welche zur Anpassung des Planungs- und Baugesetzes und dessen Liberalisierung geführt hat. «Man kann lamentieren oder das Problem lösungsorientiert beheben», ist Anders Stokholm überzeugt. Den Handlungsspielraum den Bürgerinnen und Bürgern eher als dem Staat zu geben, sei urfreisinnig.

### Zwei Initiativen für nachhaltige Lösungen

Mit der Volksinitiative «zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» gehen die nationale FDP und die Kantonalparteien den Fachkräftemangel und die steuerliche Ungleichstellung verschiedener Lebensmodelle an. Derweil diese Volksinitiative noch bis diesen Spätsommer läuft, konnte die von den Jungfreisinnigen lancierte Renteninitiative bereits erfolgreich mit 145 000 Unterschriften eingereicht werden. «Die Schweiz braucht jetzt eine echte Reform der Altersvorsorge für alle und keine weitere Pflasterlipolitik», so Ramon Weber, Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau.





# «Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

**Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?**

Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Alters-

vorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

**Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?**

Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

**Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle**

**spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr?** Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

**Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr?** Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

**Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen?** Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidentschaftsjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

**Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?** Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welcher schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

**Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene?** Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.

**«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»**



Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

**Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele?** Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschaftler, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir darin dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

**In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret?** Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was



In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

**Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch?** Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

**Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022?** Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

**Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli**

Schauen Sie das ganze Interview als Video.



Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.  
Foto: Désirée Dittes



# Erfolge trotz oder gerade wegen der Corona-Krise

## Halbzeit-Bilanz der 51. Legislatur

In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem

Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

### Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

### Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen

Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwelter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungsteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabebelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberalen-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzvereinbarung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

### Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

**Beat Walti,**  
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP



# Rückenwind für die die neue Legislatur

## FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altherwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

### Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei



Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

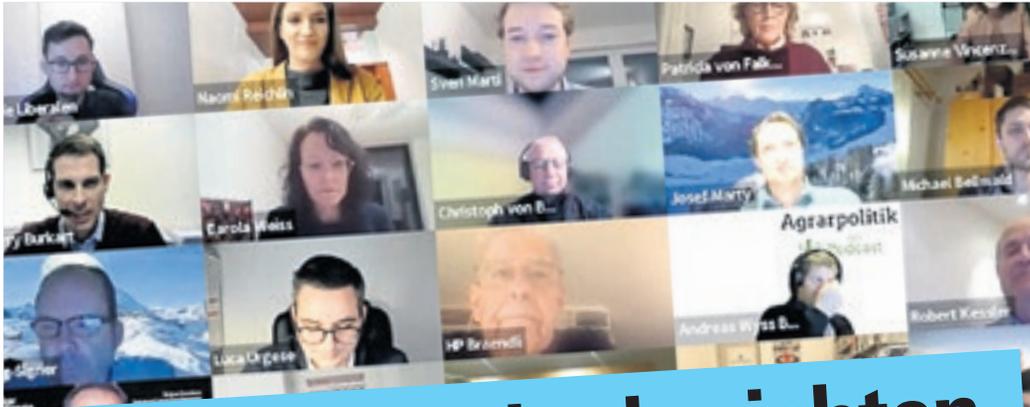
### Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfes auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

**Marco Wölfli**

## Digitaler Sessionsrückblick

Grosses Interesse am letzten digitalen Sessionsrückblick im Dezember.



# Parlamentarier berichten aus Bundesbern

Persönlicher Austausch nach jeder Session

Im letzten Jahr wurde der digitale Sessionsrückblick lanciert. Dieser fand viel Zuspruch und wird daher auch im neuen Jahr regelmässig durchgeführt.

Beim digitalen Sessionsrückblick wird gemeinsam die jeweilig vergangene Session resümiert. So beispielsweise beim letzten Treffen am 20. Dezember 2021, an dem Parteipräsident Thierry Burkart und die neue Nationalrätin Patricia von Falkenstein ihre Erlebnisse zum Besten gaben. Ebenfalls dazu gehört ein thematischer Schwerpunkt, bei wel-

chem Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher die Initiative zur Individualbesteuerung vorgestellt hat.

### Fragerunde und Diskussion

Einen besonderen Fokus erhalten dabei die offene Fragerunde und die gemeinsame Diskussion. Da-

bei wird versucht, auf so viele Inputs der Teilnehmenden einzugehen wie möglich. Die anwesenden Parlamentarier und Gäste freuen sich über jede Frage und geben gerne diverse Anekdoten aus dem Sessionsalltag preis.

Verpassen Sie daher den nächsten digitalen Sessionsrückblick auf keinen Fall. Dieser findet immer am Montag nach der Session, von 18 bis 19 Uhr, statt. Tragen Sie sich jetzt in den Newsletter ein, um über künftige Treffen stets informiert zu bleiben. Scannen Sie dazu den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

**Philipp Gasser**

Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner

### Digitale Sessionsrückblicke im Jahr 2022

Montag, 21. März

Montag, 20. Juni

Montag, 3. Oktober

Montag, 12. Dezember



**FDP**  
Die Liberalen

Wollen wir ein Nanny-Staat?

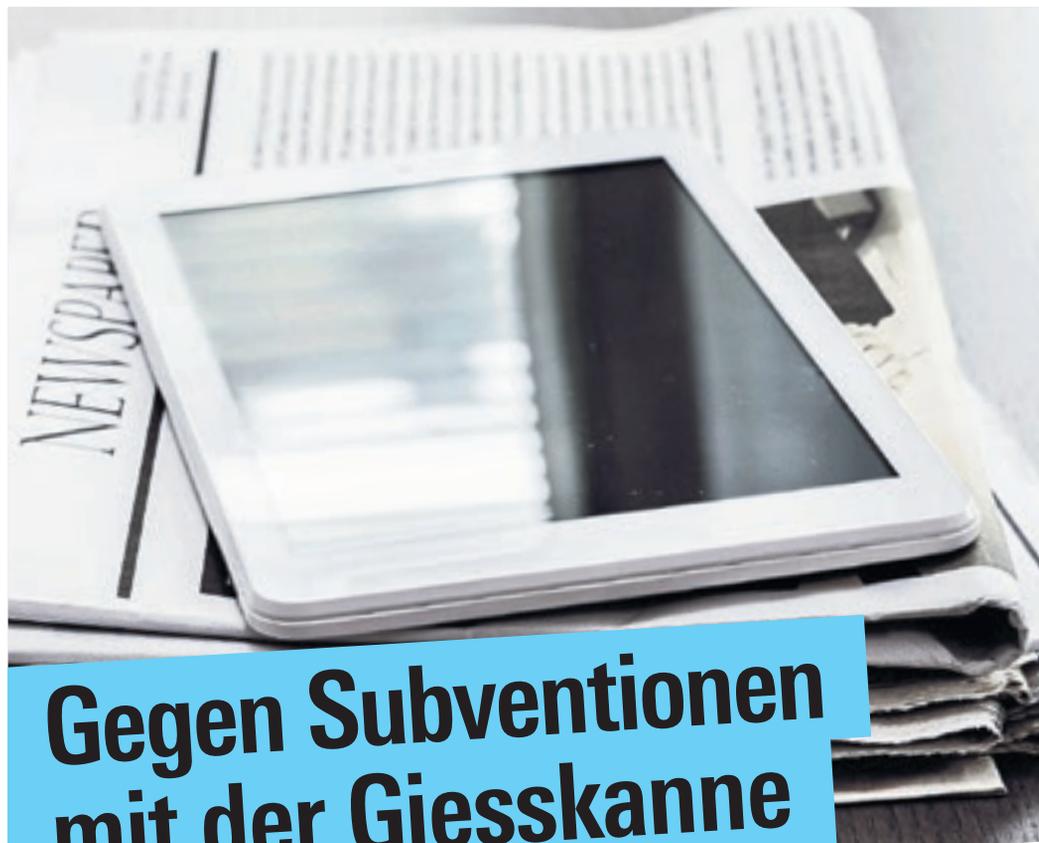
**NEIN** zur  
**Tabakwerbe-**  
**verbot-Initiative**

am 13. Februar 2022



Sowohl digitale wie auch gedruckte Medien würden in den Genuss üppiger Fördergelder kommen.

Foto: iStock/seb\_ra



## Gegen Subventionen mit der Giesskanne

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen.

Die indirekte Medienförderung wie zum Beispiel die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) wurden von der FDP stets unterstützt. Bei der jetzigen Vorlage wurde jedoch völlig übers Ziel hinausgeschossen und ein verheerendes Mediengesetz gezimmert. Statt den privaten Medien mehr Raum zu geben, sollen alle Mediengattungen einfach reichlich mit Geld überschüttet werden. In der indirekten Förderung sind 120 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Diese Giesskannen-Subventionen für die sogenannte vierte Gewalt sind störend. Wenn Medien sich an den Staatstropf hängen wollen, verlieren sie ihre Unabhängigkeit.

### Gut situierte Verlagshäuser

Doch warum der Ruf nach Staatsgeldern? Angesichts der soliden Ergebnisse der Medienhäuser eine Frage, die sich nicht beantworten lässt. Trotz Corona-Pandemie schreiben alle Medienhäuser

äusserst solide Zahlen. Es gibt keinen Grund für Staatsgelder. Selbst die Nachrichtenagentur SDA ist finanziell stark unterwegs. Zwar resultiert im Geschäftsjahr 2020 ein Verlust von 1,62 Mio. Franken, doch in den drei Vorjahren wurde ein Gewinn von insgesamt 6,43 Mio. Franken erzielt. Erst kürzlich im Jahr 2018 nach der Fusion mit Keystone liessen sich die Aktionäre (Medienhäuser) eine satte Sonderdividende von 12 Mio. Franken auszahlen. Um die SRG muss man sich sowieso nicht sorgen. Diese kriegt unabhängig vom Mediengesetz weiterhin 1,2 Mrd. Franken. Hinzu kommen 180 Mio. Franken aus Sponsoring und Werbung.

### Geldschwemme für Online-Medien

Grotesk mutet die neue Medienzüchtung im Bereich der Onlinemedien an. Es ist im Gesetz vorgesehen, dass ein solches Medium für jeden Franken Umsatz bis zu 60 Rappen gleich noch aus der Staatskasse dazu erhält, insgesamt 30 Mio. Fran-



«Beissen die Medien noch die Hand, die sie füttert? Wohl kaum.»

Christian Wasserfallen  
Nationalrat BE

ken pro Jahr. Waren Onlinemedien bis jetzt ohne Staatsgelder etwa nicht überlebensfähig? Das ist brandgefährlich und führt in unumkehrbare Abhängigkeiten vom Staat.

Fast hilflos, wenn nicht sogar rückwärtsgewandt mutet die Dauer der Gesetzgebung an. Bis diese in Kraft gesetzt und die Gültigkeitsdauer von sieben Jahren vorbei ist, schreiben wir bald das Jahr 2030. Der Bundesgesetzgeber definiert im äusserst dynamischen Umfeld also eine fixe Medienwelt bis Ende des Jahrzehnts. Darüber kann man nur den Kopf schütteln, wenn man in Betracht zieht, dass erst 2007 zum Beispiel das erste iPhone auf den Markt kam und die ganze Medienwelt völlig umkremelte. Was ist in fünf Jahren oder gar 2030? Niemand weiss es genau. Fakt ist, dass dieses starre Gesetz mit dem medialen Wandel niemals Schritt halten kann. Es droht ein Stillstand. Fakt ist aber auch, dass in der Schweiz eine einmal eingeführte Subvention nie mehr abgeschafft wird. Deshalb ist ein Nein zum missratenen und rückwärtsgewandten Mediengesetz zentral für das Funktionieren der vierten Gewalt im Staat. Nur unabhängige Medien beissen zu. Manchmal schmerzt das auch mich. Das ist gut so.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE



# Unternehmertum jetzt stärken

Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe  
auf Eigenkapital

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

### Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schwei-

zer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

### KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhö-



hung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

### Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.

Foto: iStock/vlado85rs



## Es droht ein faktisches Werbeverbot

Nein zur extremen Tabak-Initiative

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

### Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in

Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

### Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverböten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verböten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktever-



«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter  
Nationalrätin ZH

boten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

### Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

## Abstimmung

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.

Foto: iStock/Niphon Khiawprommas

# Extremes Begehren bedroht die Forschung

## Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

### Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbu-

sen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

### Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit



Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

### Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland



## Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Wohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandstreitungen zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

### Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unter-

schriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente



Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

### Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen einstehen, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

**Lucio Sansano, Master-Mentee,  
Präsident Jungfreisinnige Baselland  
und Wohnerrat Reinach BL**

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz



Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampf Helfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhin-

dert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

### Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venstre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu auf-

wendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

### Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

### Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

**Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner**  
**Arnaud Bonvin, Kommunikationschef**

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

**Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben**



NEIN

**Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»**

## AGENDA

**12. Februar 2022, Montreux**  
Delegiertenversammlung

**25. Juni 2022, Uri**  
Delegiertenversammlung

**22. Oktober 2022**  
Delegiertenversammlung

### Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

## Linkes Kaffeesatzlesen



Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédric Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédric Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédric, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

**Andri Silberschmidt**  
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

# KMU stärken

## Unsinnige Steuer abschaffen



**JA** 13. Februar

Änderung  
Stempelabgaben-Gesetz

**FDP**  
Die Liberalen

---